



## Interpellation

**Interpellation Martin Boesch: Stadtpark – Schützen und Aufwerten!; schriftlich**

Martin Boesch und 14 Mitunterzeichnende reichten am 27. Mai 2003 die Interpellation „Stadtpark – Schützen und Aufwerten!“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

1. Die Bürgerschaft der Stadt St.Gallen hat in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 die Zonenplanänderung für die Erweiterung des Kunstmuseums St.Gallen abgelehnt. In einer Interessenabwägung haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die ungeschmälerzte Erhaltung der Grünfläche des Stadtparkes dem Projekt für die Museumserweiterung vorgezogen. Der politische Meinungsbildungsprozess und dessen Ergebnis haben bewiesen, dass mit dem Zonenplan – und mit den hohen Anforderungen an eine Planänderung – ein wirksamer Schutz für die Grünfläche im Stadtpark besteht.
2. Die gesamte Grünfläche des Stadtparkes ist seit dem Inkrafttreten des (ersten) Zonenplanes der Stadt St.Gallen im Jahre 1980 der Grünzone zugeteilt. Zudem ist der Stadtpark auch als „Gebiet mit geschützten Grünflächen mit Baumbestand“ (Baumschutzgebiet) bezeichnet und so zusätzlich geschützt. Diese Zonenplaneinteilung wurde bisher nie geändert. Die Grünzone entspricht der Bedeutung und Funktion des Stadtparkes als öffentlich zugänglicher Grün- und Erholungsfläche. Andere „Allmendflächen“, wie z.B. die Kreuzbleiche, die Dreiweiher oder das Breitfeld liegen ebenfalls in der Grünzone. Die Zonenplanfestlegung als Grünzone mit dem damit verbundenen öffentlich-rechtlichen Schutz wird üblicherweise als wirksames und ausreichendes Instrument für die integrale Erhaltung solcher Grünflächen im Siedlungsgebiet anerkannt, zumal für eine Änderung der Zonierung hohe politische und rechtliche Anforderungen zu beachten sind.
3. Für eine Änderung des Zonenplans sind die bekannten politischen Verfahren durchzuführen, insbesondere das Referendumsverfahren mit der Möglichkeit einer Entschei-



dung durch die Bürgerschaft. In der Interpellation wird sinngemäss unterstellt, der Stadtpark könnte „als wertlose Restfläche für kurzfristige Begehrlichkeiten der Alltagspolitik betrachtet und diesen geopfert werden“, deshalb seien „dauerhafte, verlässliche Sicherungen“ notwendig. Der Stadtrat kann diese Argumentation und die hier zum Ausdruck kommende Geringschätzung der Urteilkraft und des Verantwortungsbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptieren. Der jetzige und auch frühere Entscheide haben bewiesen, dass der Grosse Gemeinderat und die Bürgerschaft den Zonenplan im politischen Verfahren nur sehr zurückhaltend und nach sorgfältiger Interessenabwägung ändern. Bei der Referendumsabstimmung vom 18. Mai ging es keineswegs um „kurzfristige Begehrlichkeiten der Alltagspolitik“, sondern um ein sorgfältig vorbereitetes und intensiv diskutiertes Projekt im öffentlichen Interesse. Dies war in der ganzen Abstimmungsdiskussion grundsätzlich nicht bestritten, strittig war u.a. hingegen der Standort für dieses Projekt und die Bedeutung der beanspruchten Grünfläche.

4. Falsch ist zudem der Eindruck, Zonenplaneinteilungen könnten jederzeit im politischen Verfahren geändert werden. Es bestehen zwingende rechtliche Voraussetzungen, die auch für Entscheide der Bürgerschaft Grenzen setzen. Zonenpläne können nur geändert werden, wenn es aus wichtigen öffentlichen Interessen geboten ist, insbesondere wenn sich die Grundlagen ihres Erlasses wesentlich geändert haben oder wenn wesentliche neue Bedürfnisse nachgewiesen sind (Art. 32 Baugesetz des Kantons St.Gallen). Kurzfristige und kurzfristige Zonenplanänderungen ohne zwingende Gründe im öffentlichen Interesse werden mit diesen gesetzlichen Bestimmungen ausgeschlossen. Die Kontrolle dieser rechtlichen Voraussetzungen erfolgt einerseits im Einsprache- und Rechtsmittelverfahren, andererseits aber auch im Genehmigungsverfahren durch den Kanton im Anschluss an die Entscheidung in der Gemeinde. In diesen Verfahren haben der Kanton als Aufsichtsinstanz über die Gemeinden und das Verwaltungsgericht sowie das Bundesgericht die Möglichkeit, den Anforderungen nicht entsprechende Entscheide der Gemeinden – auch der Bürgerschaft – zu korrigieren.
5. In der Abstimmungsdiskussion, in der vorliegenden Interpellation sowie in einem ebenfalls eingereichten Postulat werden weitergehende Schutzmassnahmen für den Stadtpark über den Zonenplan hinaus angesprochen. Die Rede ist dabei von der Errichtung einer Dienstbarkeit bzw. eines Servituts oder die Überführung des Stadtparks in eine Stiftung:
  - Eine Dienstbarkeit bzw. ein Servitut würde beinhalten, dass die Stadt als Eigentümerin des Stadtparkes sich grundbuchlich gegenüber einem Dritten (z.B. einem Verein) verpflichten würde, das Parkareal in der heutigen Art und Nutzung zu belassen. Eine solche Nutzungsbeschränkung zu Gunsten des Dritten könnte nur mit dessen Zustimmung



(z.B. also des Vereinsvorstandes) aufgehoben oder geändert werden. Dienstbarkeiten können ohne zeitliche Befristung festgelegt werden – künftige Veränderungen im Stadtpark wären also von der Zustimmung nicht nur der Bürgerschaft bezüglich des Zonenplans, sondern auch von den jeweils berechtigten Drittpersonen bezüglich der Dienstbarkeit abhängig. Im Übrigen ist ein Schutz über eine Dienstbarkeit nicht absolut zu verstehen, solche Grundbucheinträge können jederzeit ohne weitere Verfahren mit Zustimmung der Beteiligten geändert werden.

- Bei der Errichtung einer Stiftung würde der Stadtpark als Vermögen aus dem Eigentum der Stadt ausscheiden und in eine zu gründende Stiftung mit einem bestimmten Stiftungszweck übergehen. Der in der Stiftungsurkunde festgelegte Stiftungszweck würde grundsätzlich unabänderlich und auf alle Zeiten die Nutzung und Verwendung des Stiftungseigentums, des Stadtparks, festlegen. Ein Stiftungsrat wäre für die Verwaltung und den Unterhalt des Parks im Rahmen dieses Stiftungszweckes zuständig. Solange der Stiftungszweck möglich und das Stiftungsvermögen (Stadtpark) vorhanden ist, bleibt die Stiftung ohne Auflösungs- oder Rückführungsmöglichkeit – theoretisch ewig - bestehen. Eine Stiftung ist ein verselbständigtes Vermögen, auf das die ursprünglichen Eigentümer keinen Einfluss mehr haben. Damit wären auch Mitsprachemöglichkeiten des Grossen Gemeinderates oder der Bürgerschaft künftig ausgeschlossen.
6. Die Vorschläge für eine Stiftung oder für eine Dienstbarkeit bezwecken, spätere Entscheidungen der Bürgerschaft über eine Zonenplanänderung im Stadtpark wirkungslos zu machen und so den Park vor jeglichen Veränderungen, auch durch die Bürgerschaft gewollten, zu schützen. Der Stadtrat kann sich solchen Ideen aus grundsätzlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Überlegungen nicht anschliessen. Es wäre vermessen, aus heutiger Sicht auf alle Zeiten und in Unkenntnis sämtlicher kommender Entwicklungen einen absoluten Schutz ohne jegliche künftige Veränderungsmöglichkeit festzulegen. Der Zonenplan ist ein rechtsetzender Erlass und damit Teil der Gesetzgebung. Er ist in seiner jetzigen Ausgestaltung Ausdruck des heutigen politischen Willens, er ist aber auch – wie die ganze Gesetzgebung – dem Wandel der Zeit unterworfen. Es wäre falsch, die heutige Optik und die aktuelle Meinung für immer festschreiben zu wollen. Bürgerinnen und Bürger auch späterer Generationen sollen wieder über „ihren“ Stadtpark entscheiden können. Mit der Schaffung einer Stiftung oder auch mit der Errichtung einer Dienstbarkeit wird diese Entscheidung der Bürgerschaft entzogen. Es besteht kein Grund, vom bestehenden öffentlich-rechtlichen Schutz mit den demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und den rechtsstaatlichen Verfahrenssicherungen abzuweichen, den Stadtpark unwiderruflich in eine Stiftung wegzugeben oder künftige Änderungen von der Entscheidung Dritter abhängig zu machen.



7. In der Interpellation wird nach einem „Gesamtkonzept“ bezüglich Aufwertungsmassnahmen, verträglichen Nutzungsmöglichkeiten und dauerhaften Sicherungen gefragt. Zu den dauerhaften Sicherungen wurde bereits Stellung genommen. Die „verträglichen Nutzungsmöglichkeiten“ sind mit dem Zonenzweck der Grünzone definiert. Nach dem Entscheid der Bürgerschaft sind im Grünareal keine baulichen Veränderungen mehr denkbar, die Nutzung wird weiterhin der Funktion des Stadtparks als Grün- und Erholungsfläche im Stadtzentrum entsprechen. Allfällige Verbesserungen in der Gestaltung der öffentlichen Räume bleiben selbstverständlich innerhalb der zonenrechtlichen Bestimmungen möglich, dazu gehören auch Aufwertungsmassnahmen z.B. in ökologischer Hinsicht. Ausserhalb des eigentlichen Stadtparkareals ist bekanntlich im Unteren Brühl die Erweiterung der dortigen Tiefgarage vorgesehen, dazu wird dem Grossen Gemeinderat noch eine Vorlage unterbreitet werden. Mit diesem Projekt sollen auch gestalterische Verbesserungen im Parkareal Unterer Brühl sowie für den „Kulturplatz“ zwischen Tonhalle, Stadttheater und Museum realisiert werden. Diese für das Quartier und auch für die allgemeine Nutzung positiven Massnahmen werden möglich nach der Verlegung der Ausfahrt aus der Tiefgarage bzw. deren Ersatz durch die neue Ein- und Ausfahrt in die Torstrasse.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation

